

Titel Kompromisslos bei Grundwerten: Für eine harte Haltung gegenüber Ungarn

AntragstellerInnen

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

- 1 Kompromisslos bei Grundwerten: Für eine harte Haltung gegenüber Ungarn
- 2 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen seit über 150 Jahren für Demokratie und Rechtsstaat-
3 lichkeit. Mit großer Bestürzung blicken wir seit Jahren nach Ungarn, wo die nationalkonservative und rechtspo-
4 pulistisch Fidesz-Partei unter Ministerpräsident Viktor Orbán seit 2010 die Regierung führt. Seit Jahren mahnen
5 Institutionen der EU und des Europarats, supranationale Gerichte, die Vereinten Nationen sowie NGOs die Ent-
6 wicklungen in Ungarn an. Bereits 2015 wurde in Brüssel ein Versuch unternommen aufgrund der Verletzung
7 europäische Grundprinzipien gegen Ungarn vorzugehen, was jedoch scheiterte. Jetzt unternimmt ausgehend
8 von einer Initiative des Europäischen Parlaments, Europa erneut einen Versuch, um der Gleichschaltung in Un-
9 garn Einhaltung zu gebieten. Wir unterstützen dieses Unterfangen und kritisieren, dass in Ungarn seit Amtsantritt
10 von Viktor Orbán:
- 11 • eine neue Verfassung durchgepresst wurde, die laut der Venedig-Kommission des Europarates gegen euro-
12 päische Menschenrechtsstandards verstößt und die konstitutionelle Ordnung zu einem Instrument der Macht-
13 sicherung von Orbáns Fidesz-Partei pervertiert hat.
- 14 • die Freiheit von Wahlen ohne echte politische Debatten sowie durch einschüchternde Rhetorik, voreinge-
15 nommene Medien und undurchsichtige Wahlkampffinanzierung eingeschränkt wird.
- 16 • die Unabhängigkeit der Justiz – insbesondere des Verfassungsgerichts – und damit die Gewaltenteilung aus-
17 gehöhlt wurde.
- 18 • die Pressefreiheit seit 2011 unter den aktuellen Gesetzen beeinträchtigt wird, die Pressevielfalt aktiv unter-
19 graben wird und insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk unter Kontrolle der Regierung steht.
- 20 • die Freiheit der Wissenschaft angegriffen wird, indem gegen ausländische Forschungsinstitute und Hoch-
21 schulen in Ungarn hart vorgegangen wird, insbesondere, wenn diese KritikerInnen der ungarischen Regierung
22 nahesteht oder deren Ideologie nicht teilen.
- 23 • die Freiheit der Religionsausübung aktiv durch die ungarische Regierung untergraben wird, indem manchen
24 Religionsgemeinschaften staatliche Anerkennung entzogen und damit öffentliche Gelder vorenthalten wer-
25 den.
- 26 • die ungarische Regierung mit ihrem harten Vorgehen gegen in- und ausländische Nichtregierungsorganisa-
27 tionen die Vereinigungsfreiheit geschwächt hat.
- 28 • ungarische Grenzpolizisten nach Berichten der Vereinten Nationen und der Menschenrechtskommissarin
29 des Europarats MigrantInnen und Flüchtende misshandelt haben.
- 30 • die ungarische Regierung aktiv mit ihrer nationalistischen, antisemitischen, antiziganistischen, rassistischen
31 und fremdenfeindlichen Rhetorik die Stimmung im Land anheizt, und damit Intoleranz und Gewalt gegen Min-
32 derheiten hervorruft und verstärkt.
- 33 • es bei staatlich und EU-geförderten Investitionen zu Unregelmäßigkeiten oder Betrug kommt, indem öffent-
34 liche Aufträge an Fidesz-nahe Unternehmen vergeben werden und Korruption grassiert.
- 35 Unser Kampf für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hat angesichts dieser Entwicklungen, die

36 längst in anderen Ländern, wie Polen kopiert werden, offensichtlich nichts an seiner Aktualität
37 verloren. Wir begrüßen daher, dass das Europäische Parlament am 12. September mit einer
38 Zwei-Drittel-Mehrheit ein Rechtsstaatsverfahren gemäß Artikel 7 der Verträge gegen Ungarn
39 gestimmt hat. Dies ist das erste Mal in der Geschichte, dass das Parlament den Rat auffordert,
40 gegen einen Mitgliedstaat vorzugehen, um eine systemrelevante Bedrohung der Grundwerte
41 der EU zu verhindern. Wir kritisieren entschieden, dass Abgeordnete der CSU gegen diesen
42 Vorschlag gestimmt haben.

43 Keine Kompromisse: Artikel 7 voll ausschöpfen

44 Die Abstimmung im europäischen Parlament war nur ein erster Schritt in die richtige Richtung.
45 Der Vorschlag wird nun den EU-Mitgliedstaaten übermittelt, die mit einer Vier-Fünftel-Mehrheit
46 feststellen müssen, dass in Ungarn eine eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung
47 der EU-Werte besteht. Im Anschluss daran müssen entweder die Ansichten der ungarischen
48 Behörden gehört werden, und das EU-Parlament konsultiert werden. Oder die EUMitgliedstaaten
49 können sich dafür entscheiden, Empfehlungen an Ungarn zu richten. Zu einem
50 späteren Zeitpunkt könnte der Europäische Rat einstimmig und mit Zustimmung des
51 Parlaments feststellen, dass in Ungarn eine schwerwiegende und anhaltende Verletzung von
52 Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechten besteht. Erst dann kann es schließlich zu
53 Sanktionen wie der Aussetzung der Stimmrechte im Rat kommen.

54 Für uns ist klar, dass es in einem solchen Fall eklatanter Verstöße gegen Grundwerte der EU
55 durch Mitgliedstaaten nicht bei mahnenden Worten bleiben darf. Die EU muss ihre
56 Einflussmöglichkeiten voll ausschöpfen und Grenzen aufzeigen. Wir fordern, dass das
57 Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarn von der deutschen Bundesregierung aktiv mit dem Ziel
58 einer möglichst harten Sanktionierung vorangetrieben wird, solange es keine grundlegende
59 Verbesserung der Situation in Ungarn gibt. Ein Scheitern dieses Prozesses würde die
60 Rechtsstaatsicherung der gesamten EU blamieren und ähnlichen Tendenzen vor allem in
61 Osteuropa weiteren Aufschwung geben.

62 Instrumente ausbauen – Sanktionsmechanismen reformieren

63 Da insbesondere Polen im Rat der EU die ungarische Regierung deckt, gilt ein
64 Rechtsstaatsverfahren als nicht aussichtsreich. Wir kritisieren, dass die Missachtung
65 grundlegender Prinzipien der EU länger Gegenstand politischer Debatten ist und vom
66 Gutdünken der Staats- und RegierungschefInnen abhängt. In einer Demokratie ist es die
67 Aufgabe der Judikative die Vereinbarkeit von Hoheitsakten mit der jeweiligen Verfassung zu
68 prüfen. Für eine starke europäische Judikative bedarf es daher Kompetenzen, um dieser
69 Aufgabe auch supranational nachkommen zu können. Wir fordern deshalb, dass künftig der
70 Europäische Gerichtshof mit der Kompetenz ausgestattet werden soll, festzustellen, wenn eine
71 systemrelevante Bedrohung der Grundwerte der EU in einem Mitgliedstaat vorliegt, sowie als
72 Folge entsprechende politische Sanktionen, wie temporären Stimmzug, verhängen zu

73 können.

74 Neben politischen wollen wir auch finanzielle Sanktionen nutzen, um auf Ungarn Druck
75 auszuüben. Ungarn erhält EU-Mittel in Höhe von 4,4 % seines BIP das heißt mehr als die
76 Hälfte der öffentlichen Investitionen werden mit europäischen Mitteln finanziert. Wir fordern,
77 dass künftig das Zurückhalten solcher Mittel als Instrument der Sanktionierung eingeführt und
78 genutzt wird.

79 Das Verfahren gegen Ungarn muss aber auch seine Wirkung auf andere EU-Mitgliedsstaaten
80 haben, insbesondere ist unverrückbar, dass die Anforderungen an die europäische
81 Gemeinschaft nicht nur für Beitrittskandidaten sondern auch für Mitgliedstaaten

82 gelten. Gleichzeitig dürfen proeuropäische Stimmen nicht abgewürgt werden. Wir sprechen uns daher auch
83 für positive Anreize und die Förderung demokratischer Institutionen aus.

84 Europa gelingt nur demokratisch

85 Seit 1927 streitet die deutsche Sozialdemokratie für einen europäischen Föderalstaat. Uns ist dabei klar: eine
86 Ausweitung der Kompetenzen europäischer Institutionen kann nur dann gelingen, wenn Vertrauen darin be-
87 steht, dass alle Mitglieder der EU die gemeinsamen Regeln, Grundwerte und Entscheidungen auch akzeptieren.
88 Gelingt es nicht, dieses Bekenntnis von allen EU-Mitgliedern zu gewährleisten, ist eine stärkere Integration Eu-
89 ropas zum Scheitern verurteilt. Die innere Ordnung und das Fundament von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit
90 und Grundrechten zu sichern, muss daher oberste Priorität für alle Organe der EU haben